

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 19 K-LTGO

An den
Kärntner Landtag
Landhaushof
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 21.04.2022

Betreff: **Versorgungssicherheit mit Lebensmittel für
Kärntner Bevölkerung sicherstellen**

Antragsteller: KO Mag. Darmann, 3. Präs. Lobnig, LAbg. Linder, LAbg.
Staudacher

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, auf Bundesländerebene ein effizientes System der Bevorratung mit Grundlebensmittel zu ermöglichen und eine Landesbevorratung im Bereich des Rohstoffs Getreide sicherzustellen. Damit soll gewährleistet werden, dass im Krisenfall die Kärntner Bevölkerung mit bestimmten Lebensmitteln zumindest ein Jahr lang versorgt werden kann.

BEGRÜNDUNG

Der Ukraine-Krieg hat neben menschlichen Leid auch massive negative Auswirkungen auf den Energie- und Landwirtschaftssektor. Denn die Ukraine gilt als eine der größten Kornkammern der Welt. Sie ist der weltweit fünftgrößte Weizenexporteur, und auch als Lieferant von Gerste, Mais, Raps- und Sonnenblumenöl hat die Ukraine eine große Bedeutung. Laut Eurostat ist die Ukraine der viertgrößte Lebensmittellieferant der EU: Etwa ein Viertel der Getreide- und Pflanzenöleinfuhren in die Union stammen aus der Ukraine, bei Mais ist es fast die Hälfte.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind bereits jetzt zu spüren: Aufgrund der Verteuerung der Rohstoffe sowie der Verteuerung von Energie, steigen die Preise für Grundnahrungsmittel massiv. Zusätzlich haben die vergangenen zwei Jahre der Corona-Pandemie gezeigt, wie schnell eine globale Wirtschaftskrise über uns hereinbrechen kann.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist nicht auszuschließen, dass es in naher Zukunft zu einem Lebensmittelengpass kommen kann. Es gilt daher die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Einen beispielgebenden Weg geht hier die Gemeinde Mühldorf: Durch einen Beschluss des örtlichen Gemeinderates wird die Errichtung eines kommunalen Getreidelagers ermöglicht. 25 Tonnen Getreide werden von der Gemeinde für die Mühldorfer Bevölkerung angekauft, um die Versorgungssicherheit der Einwohner zu gewährleisten.

In unsicheren Zeiten wie diesen gilt es ein Bewusstsein für Vorsorge und Unabhängigkeit zu schaffen und für den Bedarfsfall vorzusorgen. Mit einer Getreidebevorratung wie jener in Mühldorf wären die Kärntner Gemeinden unabhängig von Lieferengpässen und kurzfristigen Veränderungen des Marktes. Ziel muss es sein, dass das Land Kärnten für den Krisenfall ein effizientes System der Lebensmittelbevorratung etabliert, um die Kärntner Bevölkerung mit bestimmten Grundnahrungsmitteln zumindest ein Jahr lang versorgen zu können.

Derartige Möglichkeiten hat es in früheren Zeiten bereits gegeben. Die Getreidebevorratung war beispielsweise bis zum EU-Beitritt Österreichs staatlich geregelt und fußte auf gesetzlichen Grundlagen, wie beispielsweise dem Mühlengesetz. Ähnliche gesetzliche Grundlagen werden wieder benötigt, um für den Krisenfall gerüstet zu sein.